

er
nats

Oberlandesgericht
eigruppe öffentlich aus

Der Hintergrund der eher ungewöhnlichen Pressemitteilung ist ganz offensichtlich, dass die Frage der Verbreitung rechtsextrimer Inhalte auch der entscheidende Streitpunkt im Verfahren um die Chatgruppe „Itiotentreff“ ist. Nachdem die Staatsanwaltschaft in dem Fall Anklage erhoben hatte, hatte das Landgericht Frankfurt es nämlich abgelehnt, die Anklage zuzulassen und eine Hauptverhandlung zu eröffnen. Begründung: Da die rassistischen und antisemitischen Inhalte nur an einen kleinen Personenkreis gegangen seien, könne man im juristischen Sinne nicht von einer Verbreitung sprechen, was aber für eine Anklage etwa wegen Volksverhetzung nötig sei.

Die Staatsanwaltschaft, die sofort beim OLG Beschwerde gegen diese Entscheidung eingelegt hatte, wollte mit ihrer Pressemitteilung also wohl in etwa sagen: Seht her, das OLG hat in einem anderen Fall bereits entschieden, dass auch eine kleine Chatgruppe eine juristisch relevante Öffentlichkeit sein kann. Also wird sie das Landgericht ja wohl auch dazu zwingen, unsere Anklage im Fall „Itiotentreff“ zuzulassen.

Das OLG antwortete am Donnerstag mit einer ebenfalls ungewöhnlichen Pressemitteilung, in der es wenig überraschend darauf verwies, dass die Frage der Verbreitung von „den jeweiligen Feststellungen im Einzelfall“ abhängt. Für das Beschwerdeverfahren im Fall „Itiotentreff“ sei zudem der 1. Strafsenat zuständig. Mit dieser Mitteilung wollte das OLG wohl in etwa sagen: Die Staatsanwaltschaft spinnt. Und auf hoher See und vor Gericht ist man allein in Gottes Hand.

henten in Streit geraten, der eskalierte. Der 23-Jährige stach dabei dem Älteren mit einem Messer in den Oberkörper. Der Verletzte flüchtete in den Markt, verfolgt vom Messerstecher, der erst



Wollen nicht auf ihren hart erkämpften Tariflohn verzichten: die Beschäftigten von Cebeef. MONIKA MÜLLER

Cebeef-Beschäftigte protestieren vor dem Römer

Kritik an Lösung der Stadt / Angst vor schlechterer Bezahlung

VON STEVEN MICKSCH

Der zwischenzeitliche Regen am Donnerstagnachmittag kühlte die Wut der Beschäftigten des Schulassistenzanbieters Cebeef Inklusion und Schule nicht ab. Auf dem Römerberg bliesen sie immer wieder laut in ihre Trillerpfeifen und beklagten den Diebstahl ihrer Arbeitsplätze.

Die Betriebsratsvorsitzende Gabriele Breder hatte für die Lösung der Stadt zunächst nur ein Kopfschütteln übrig. Das Sozialdezernat hatte mit anderen Anbietern von Assistenzleistungen Kontakt aufgenommen und Übernahmemöglichkeiten ergründet. So könnten ein Teil der betroffenen Kinder und die Fachkräfte übernommen werden.

„Was die Stadt macht, hilft uns nicht weiter. Das spielt dem Arbeitgeber direkt in die Hände“, sagt Breder. Ein Übergang zu anderen Trägern würde eine finan-

zielle Verschlechterung bedeuten und den Verlust der aktuellen Besitzstände in einem Bereich, der sowieso nicht gut bezahlt sei (17 Euro pro Stunde). Die erfahrenen Fachkräfte würden selbst bei den zwei Trägern, die noch einen Tarif in Frankfurt zahlten, wohl wieder in niedrigere Gruppierungen fallen. „Erfahrung kostet nun mal mehr.“

Selbst gründen bevorzugt

Deshalb präferieren die Beschäftigten weiterhin die Gründung einer eigenen Genossenschaft. Dazu bräuchten sie die Hilfe der Stadt, die den neuen Träger anerkennen müsse. Dadurch könne man bei der Förderbank Geldmittel bekommen, um zu starten. Und die Beschäftigten bräuchten Unterstützung und vor allem Know-how bei der Gründung.

Sie fordern Sozialdezernentin Elke Voitl (Grüne) auf, sich we-

nigstens ihre Pläne anzuhören, „damit wir ihr unser Portfolio vorlegen können“.

Gabriele Breder erklärt, mit der Gründung einer Genossenschaft könne man zeigen, dass es sehr wohl gehe, einen Tarif zahlenden Träger in der Teilhabeassistenz zu betreiben. Die Cebeef-Geschäftsführung habe immer betont, dass die Pauschalen der Stadt nicht ausreichen. Eine Kontrolle, wie die Mittel der Stadt letztendlich verwendet würden, gebe es in sogenannten Tendenzbetrieben – wie dem Cebeef – nicht. Anders bei einer Genossenschaft, diese werde kontrolliert und müsse Rechenschaft über die Mittel ablegen.

Gemeinsam mit der Gewerkschaft Verdi fordern die Beschäftigten die Stadt auf, nur noch Aufträge an tarifgebundene Träger zu vergeben. Der Wildwuchs kommerzieller Anbieter in der Teilhabeassistenz müsse ein Ende haben.